

18. WP - 04.12.2016

Weltbodentag: Nachhaltiger Schutz statt bodenlose Politik

Zum internationalen Weltbodentag erklären Peter Meiwald, Sprecher für Umweltpolitik, und Uwe Kekeritz, Sprecher für Entwicklungspolitik:

Bodenschutz fristet im öffentlichen Interesse ein Mauerblümchendasein. Dabei können wir ohne den Schutz der Böden die wichtigsten globalen Umwelt- und Entwicklungsziele nicht erreichen. Das Unter-2-Grad-Ziel des Klimaschutzabkommens von Paris hängt davon ab. Denn Boden ist unser wichtigster Kohlenstoffspeicher. Auch die globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen können nur mit Bodenschutz erreicht werden: wir dürfen nicht auf kurzfristige Ertragssteigerungen durch ausbeuterische Anbaupraktiken setzen. Die Rehabilitierung, der Erhalt und die Steigerung der Bodenfruchtbarkeit sind ein wichtiger Schlüssel, um Hunger und Armut zu beenden. Die Nachhaltigkeitsziele rufen alle Staaten dieser Welt auf, die Böden dieser Welt zu schützen.

Dazu müssen wir endlich umsteuern. Denn jedes Jahr gehen weltweit schätzungsweise sechs Millionen Hektar Boden verloren, das entspricht ungefähr zweimal der Fläche von Belgien. Sie werden versiegelt oder degradiert. Auch Deutschland verliert aktuell täglich 77 Hektar, rund 100 Fußballfelder, an wertvollem Boden. Die Bundesregierung wird ihrer Verantwortung nicht gerecht. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, den Flächenverbrauch bis 2020 auf maximal 30 Hektar pro Tag zu verringern. Mit dem neuen Bundesverkehrswegeplan ist dies unmöglich. Allein für die als vordringlich eingestuften Projekte werden 50 Prozent mehr Flächen benötigt, als das Einsparungsziel der Bundesregierung erlauben würde. Obwohl zu den meisten Infrastrukturprojekten flächensparende Alternativen vorliegen, wurde keine einzige gewählt. Statt wertvolle Flächen zu schützen, werden sie zubetoniert. Zahlreiche Natur- und Landschaftsschutzgebiete werden durchschnitten.

Hintergrund

Nach Schätzung des High Level Panel of Experts der FAO leben weltweit etwa 70 Prozent – oder rund eine Milliarde – der von Armut betroffenen Menschen in ländlichen Gegenden. Die aller meisten sind zumindest teilweise oder gar komplett von Landwirtschaft abhängig. Der fehlende Zugang zu nutzbaren Böden ist ein wichtiger Grund für Hunger und Armut. Das Recht auf Nahrung lässt sich nicht verwirklichen, wenn immer mehr Böden verloren gehen und in der Folge Konflikte um noch verfügbare Böden zunehmen. Der Weltagrarbericht empfiehlt insbesondere mit Hinblick auf den Schutz des Bodens agrarökologischen Anbausystemen eine größere Beachtung zu schenken.

Die Fraktionspressestelle auf Twitter: @GruenSprecher
<<https://twitter.com/GruenSprecher>>

Pressestelle
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Deutschen Bundestag
Dorotheenstraße 101, 10117 Berlin
T: +49 (30) 227 57211 F: -56962
presse@gruene-bundestag.de <<mailto:presse@gruene-bundestag.de>>

E-Mail Abonnement verwalten (Kündigung, Adressänderung etc.):
<http://www.gruene-bundestag.de/abo>